

# Bürger fordern Lärmschutzwall

## Aushub soll verwendet werden / Offener Brief an Boch

PK – Die „Initiative Leise A8 e.V.“ aus Niefern-Öschelbronn wendet sich in einem offenen Brief an Pforzheims Oberbürgermeister Peter Boch. Höflich im Ton, aber bestimmt in der Sache, werden dem OB darin Versäumnisse beim Lärmschutz vorgeworfen. In seinen Weihnachtsgrüßen an die Eutinger Bürgerschaft habe Boch manches Thema angeschnitten, aber eines ausgelassen. „Es fällt auf, dass Sie auf den anstehenden, den Stadtteil in besonderem Maße belastenden Ausbau der A8 und auch die bevorstehende Planfeststellung für den weiteren B10-Ausbau, nicht eine Silbe verschwenden“, so wird in dem Schreiben bemängelt.

In diesem Zusammenhang sind aus Sicht der Initiative Anmerkungen erforderlich: „Im Jahr 2018 hat die Stadt eine große Chance versäumt. Es stellte sich die Frage, ob man den im Zuge des A8-Ausbaus aus der Absenkung der ‚Kieselbronner Kurve‘ resultierenden Aushub vor Ort zur Erhöhung des Lärmschutzwalls südlich der A8 an gleicher Stelle verwendet. Dieses wurde durch den Ortschaftsrat Eutingen einstimmig befürwortet.“ Verwaltung und

Gemeinderat hätten dies mit der Begründung eines lärmtechnisch bescheidenen Nutzens abgelehnt. „In Ihren Weihnachtsgrüßen erwähnen Sie unter den ‚unglaublich vielen Stellschrauben‘, an welchen Sie drehen, auch den Umgang mit dem Klimawandel. Allerdings nehmen Sie es jedoch hin, dass für den Abtransport des überschüssigen Erd-aushubs rund 60.000 Lkw-Fahrten zu Deponien erforderlich werden, die erst jenseits eines Radius von 50 Kilometern um die Baustelle zur Verfügung stehen.“ Insbesondere sei es „klimapolitisch interessant, wie diese aberwitzigen Abtransporte vermieden oder verringert werden könnten“. Der Vorschlag der Initiative: „Auf der Westseite der Autobahn zwischen K9800 und der Ausfahrt Pforzheim-Süd fehle jeglicher Lärmschutz. Die Lärmimmissionen im dortigen Bereich des Hagenschieß haben seit dem Ausbau der BAB an dieser Stelle unerträgliche Ausmaße angenommen. Ein idealer Ort, die überschüssige Erde zu verwenden. Der OB habe „offensichtlich leider nicht realisiert, welche finanziellen Einsparungen der Verbleib des Aushubmaterials nach sich zieht“.